

378413-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen im Zusammenhang mit Siedlungs- und anderen Abfällen –
Baggergutverwertung und -entsorgung zur Fahrrinnenanpassung Berliner Nordtrasse Los 2 -
UHW Süd

OJ S 105/2026 03/06/2026

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Wasserstraßen-Neubauamt Berlin

E-Mail: wna-berlin@wsv.bund.de

Rechtsform des Erwerbers: Zentrale Regierungsbehörde

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Baggergutverwertung und -entsorgung zur Fahrrinnenanpassung Berliner Nordtrasse
Los 2 - UHW Süd

Beschreibung: Das WNA Berlin führt im Rahmen des Bauvertrags die Anpassung der
Fahrrinne und damit verbundene bauliche Maßnahmen an den Ufern für den Bereich UHW
Süd - UHW-km 1,288 bis UHW-km 4,300 und SOW-km 0,078 bis UHW-km 0,057 aus. Im
Zuge dessen wird die Gewässersohle mittels Nassbaggerung vertieft. Gegenstand der
Ausschreibung ist die fachgerechte Verwertung bzw. Entsorgung der im Rahmen der
Fahrrinnenanpassung anfallenden mineralischen Abfälle. Die Abfälle werden durch den AN-
Bau über den Wasserweg zu den Umschlaghäfen Velten, Königs Wusterhausen oder Deetz
transportiert. Die ausgeschriebenen Leistungen umfassen den Umschlag in den Häfen, den
Transport auf dem Landweg, die Entsorgung/Verwertung und die Dokumentation der
Entsorgung/Verwertung bzw. die Mitwirkung im elektronischen Nachweisverfahren.

Kennung des Verfahrens: 0ed5f20d-6e5d-422b-9f9c-cf16b7b7cf01

Interne Kennung: WNAB-SB5-05-2026-VgV-EU-B

Verfahrensart: Offenes Verfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 90500000 Dienstleistungen im Zusammenhang mit Siedlungs- und
anderen Abfällen

2.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Berlin

Land, Gliederung (NUTS): Berlin (DE300)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten

Verpflichtungen: Zwingende und fakultative Ausschlussgründe gem. §123 und 124 GWB

5. Los

5.1. Los: LOT-0000

Titel: Baggergutverwertung und -entsorgung zur Fahrrinnenanpassung Berliner Nordtrasse
Los 2 - UHW Süd

Beschreibung: Das WNA Berlin führt im Rahmen des Bauvertrags die Anpassung der Fahrrinne und damit verbundene bauliche Maßnahmen an den Ufern für den Bereich UHW Süd - UHW-km 1,288 bis UHW-km 4,300 und SOW-km 0,078 bis UHW-km 0,057 aus. Im Zuge dessen wird die Gewässersohle mittels Nassbaggerung vertieft. Gegenstand der Ausschreibung ist die fachgerechte Verwertung bzw. Entsorgung der im Rahmen der Fahrrinnenanpassung anfallenden mineralischen Abfälle. Die Abfälle werden durch den AN-Bau über den Wasserweg zu den Umschlaghäfen Velten, Königs Wusterhausen oder Deetz transportiert. Die ausgeschriebenen Leistungen umfassen den Umschlag in den Häfen, den Transport auf dem Landweg, die Entsorgung/Verwertung und die Dokumentation der Entsorgung/Verwertung bzw. die Mitwirkung im elektronischen Nachweisverfahren. Die Leistung soll von 10/2026 bis 12/2028 ausgeführt werden. Eine ausführliche Beschreibung ist den beigefügten Vergabeunterlagen zu entnehmen.

Interne Kennung: WNAB-SB5-05-2026-VgV-EU-B

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 90500000 Dienstleistungen im Zusammenhang mit Siedlungs- und anderen Abfällen

5.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Berlin

Land, Gliederung (NUTS): Berlin (DE300)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 01/09/2026

Enddatum der Laufzeit: 31/12/2028

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten

Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: nein

Zusätzliche Informationen: In Formblatt 133/333b-L/F sind Angaben zu machen: 1 Erklärung

nach § 124 Abs.1 Nr. 4 GWB: Angabe, ob und ggf. auf welche Art der Bewerber/Bieter mit

anderen Unternehmen wirtschaftlich verknüpft ist Angabe ob und ggf. auf welche Art der

Bewerber/Bieter auf den Auftrag bezogen in relevanter Weise mit anderen zusammenarbeitet

2 Eintragung in ein amtliches Verzeichnis oder Zertifizierung, die den Anforderungen aus Artikel 64 der Richtlinie 2014/24/EU entsprechen 3 Auskunft nach § 46 Abs. 3 Nr. 2 VgV: Angabe der technischen Fachkräfte oder der technischen Stellen, die im Zusammenhang mit der Leistungserbringung eingesetzt werden sollen 4 Erklärung entsprechend § 123 GWB bezogen auf die letzten fünf Jahre. Angabe, dass kein zwingender Ausschlussgrund zu den untenstehenden Punkten vorliegt: Ich/wir erkläre(n), dass weder ich/wir noch eine Person, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig wegen einer der unten genannten Straftaten oder nach vergleichbarer Vorschriften anderer Staaten verurteilt worden bin/sind/ist und dass gegen das Unternehmen keine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist: - Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung (§ 129 StGB), - Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung (§ 129a StGB) - Mitgliedschaft in einer kriminellen und terroristischen Vereinigung im Ausland (§ 129b StGB) - Terrorismusfinanzierung (§ 89c StGB) oder Anstiftung oder Beihilfe zur Terrorismusfinanzierung (§ 26 bzw. § 27 i.V.m. § 89c StGB), - Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden (sollen), eine schwere staatsgefährdende Gewalttat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des StGB zu begehen, - Geldwäsche (§ 261 StGB), - Betrug (§ 263 StGB) und Subventionsbetrug (§ 264 StGB), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden, - Bestechung im geschäftlichen Verkehr (§ 299 StGB), - Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern (§ 108e StGB), - unzulässige Interessenwahrnehmung (§ 108f StGB), - Vorteilsgewährung (§ 333 StGB) und Bestechung (§ 334 StGB), jeweils auch i.V.m. § 335a StGB (ausländische und internationale Beschäftigte), - Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr (Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung), - Menschenhandel (§§ 232 und 233 StGB), - Förderung des Menschenhandels (§ 233a StGB). Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung. Ich erkläre/wir erklären, dass ich/wir meine/unsere Verpflichtung zur Zahlung von Steuern, Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung, soweit ich/wir der Pflicht zur Beitragszahlung unterfallen, ordnungsgemäß erfüllt habe/haben. 1. registerführende Stelle: 2. Registerbezeichnung: 3. Registernummer: 4. Umsatzsteuer-Identifikationsnummer: Falls meine/unsere Interessensbestätigung in die engere Wahl kommt, werde ich/wir eine Unbedenklichkeitsbescheinigung der tariflichen Sozialkasse vorlegen. 5.1 Erklärung entsprechend § 124 Absatz 1 Nr. 1, 3 bis 9 und Absatz 2 GWB bezogen auf die letzten drei Jahre. Angabe, dass kein fakultativer Ausschlussgrund zu den untenstehenden Punkten vorliegt: Ich/wir erkläre(n), dass weder ich/wir noch eine Person, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist, bei der Ausführung öffentlicher Aufträge gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen habe/haben /hat. Abweichend von der obigen Erklärung habe ich/haben wir gegen folgende Verpflichtungen verstoßen: Sofern nachfolgend nicht anders angegeben, erkläre(n) ich/wir, dass weder ich/wir noch eine Person, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig wegen einer der unten genannten Straftaten oder nach vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten verurteilt worden bin/sind/ist und gegen das Unternehmen keine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist: - Diebstahl (§ 242 StGB), - Unterschlagung (§ 246 StGB), - Erpressung (§ 253 StGB), - Betrug (§ 263 StGB), - Subventionsbetrug (§ 264 StGB), - Kreditbetrug (§ 265b StGB), - Untreue (§ 266 StGB) - Vorenthalten und Veruntreuen von Arbeitsentgelt (§ 266a Abs. 1, 2 und 4 StGB), - Urkundenfälschung (§ 267 StGB), - Fälschung technischer

Aufzeichnungen (§ 268 StGB), - Delikte im Zusammenhange mit Insolvenzverfahren (§ 283 ff. StGB), - Wettbewerbsbeschränkende Absprachen bei Ausschreibungen (§ 298 StGB), - Brandstiftung (§ 306 StGB), - Baugefährdung (§ 319 StGB), - Gewässer- und Bodenverunreinigung (§§ 324, 324a StGB), - unerlaubter Umgang mit gefährlichen Abfällen (§ 326 StGB), - illegale Ausländerbeschäftigung (§ 404 Abs. 1 oder Abs. 2 Nr. 3 SGB III), die mit Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen geahndet wurde. Sofern nachfolgend nicht anders angegeben, erkläre(n) ich/wir, nicht - gem. § 21 Abs. 1 Satz 1 oder 2 Schwarzarbeiterbekämpfungsgesetz oder - gem. § 21 Arbeitnehmerentsendegesetz - gem. § 98c Aufenthaltsgesetz - gem. § 19 Mindestlohngesetz mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500 Euro belegt worden zu sein.

Abweichend von der obigen Erklärung bin ich/sind wir mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500 Euro belegt worden wegen Ich/Wir erkläre(n), dass - ich/wir keine Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen habe/haben, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken, - kein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen AG tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen nicht wirksam beseitigt werden könnte, - keine Wettbewerbsverzerrung daraus resultiert, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung dieses Vergabeverfahrens einbezogen war bzw. eine denkbare Wettbewerbsverzerrung nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen als unseren Ausschluss vom Vergabeverf. beseitigt werden kann, - das Unternehmen eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags nicht erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und keine mangelhafte Erfüllung zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat, - das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskrit. keine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat und dass es in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln, - das Unternehmen a) nicht versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen AGs in unzulässiger Weise zu beeinflussen, b) nicht versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, und c) nicht fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen AGs erheblich beeinflussen könnten und nicht versucht hat, solche Informationen zu übermitteln. 5.2 Erklärung entsprechend § 124 Absatz 1 Nr. 2 GWB bezogen auf die letzten drei Jahre.

Angabe, dass kein fakultativer Ausschlussgrund zu den untenstehenden Punkten vorliegt: Das Unternehmen ist zahlungsunfähig. Ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren wurde eröffnet. Ein Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens oder eines vergleichbaren Verfahrens wurde mangels Masse abgelehnt. Ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verf. wurde beantragt. Ein Insolvenzplan wurde rechtskräftig bestätigt. Mein/Unser Unternehmen hat seine Tätigkeit eingestellt. Falls ein Insolvenzplan rechtskräftig bestätigt wurde, werde ich/wir ihn auf Verlangen vorlegen. 6. Erklärung nach §45 Absatz 1 Nr. 3 VgV, dass eine Betriebshaftpflichtvers. von mind. 1.500.000 € für Personen- und von mind. 1.500.000 € für sonstige Schäden nachgewiesen wird. Es ist nachzuweisen, dass die Maximierung der Ersatzleistung mind. das 2-fache der Vers.summe beträgt. 7.1 Erklärung nach § 45 Absatz 1 VgV über den Gesamtumsatz des Unternehmens in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren 7.2 Erklärung nach § 45 Absatz 1 VgV über den Umsatz des Unternehmens in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren über den nachfolgend genannten konkreten, in der Bekanntmachung definierten Tätigkeitsbereich 8

Nachweise nach § 46 Abs. 3 Nr. 6 VgV über die Studien- und Ausbildungsnachweise sowie Bescheinigungen über die Erlaubnis zur Berufsausübung für die Inhaberin, den Inhaber oder die Führungskräfte des Unternehmens 9 Nachweis nach § 46 Absatz 3 Nr. 1 VgV zu Leistungen in den letzten fünf Jahren, die der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind. Dies weise ich gemäß der in der Bekanntmachung geforderten Mindestanzahl an geeigneten Referenzen über abgeschlossene Leistungen mit Angabe des Rechnungswerts, der Leistungszeit sowie unter Nennung des öffentl./privaten AGs nach: 10 Erklärung nach § 46 Absatz 3 Nr. 8 VgV: Das jährliche Mittel meiner Beschäftigten und die Anzahl der Führungskräfte 12 Erklärung nach § 46 Absatz 3 Nr. 9 VgV darüber, welche Ausstattung, Geräte und technische Ausrüstung dem Unternehmen für die Ausführung des Auftrags zur Verfügung stehen 13 Erklärung nach § 44 Absatz 1 VgV bezüglich der Eintragung in das Berufsregister ihres Sitzes oder Wohnsitzes

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Auswahlkriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Maßnahmen zur Sicherstellung der Qualität

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Zertifizierung als Entsorgungsfachbetrieb für

Hauptauftragnehmer Nachweis: Vorlage gültiges EfB-Zertifikat

Kriterium: Maßnahmen zur Sicherstellung der Qualität

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Zertifizierung als Entsorgungsfachbetrieb für alle

Nachunternehmer Nachweis: Vorlage gültiges EfB-Zertifikat je Nachunternehmer gem.

Bietereintragung (Entsorger, Beförderer)

Kriterium: Techniker oder technische Stellen zur Durchführung der Arbeiten

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Qualifikation Abfallkoordinator Nachweis:

Naturwissenschaftlich, ingenieurtechnische Ausbildung (Diplom, Master, Bachelor) oder

abgeschlossene technische Berufsausbildung (Facharbeiter, Meister) Mindestens 3 Jahre

Berufserfahrung im Bereich der Abfallkoordination Mindestens 2 Referenzen zur

aufgabenbezogenen Eignung und Erfahrung (Abfallmenge min. 2.000 t gef. Abfälle;

Bewirtschaftung Baggergut / mineralische Abfälle in Art und Umfang vergleichbar mit dem

Bauvorhaben) Eigenerklärung über die Erfahrung im Umgang mit dem Vollzugsrecht des

Bundeslandes Berlin und der Sonderabfallgesellschaft Brandenburg/Berlin mbH

Eigenerklärung oder Nachweis über Kenntnisse der elektronischen Nachweisverordnung

Eigenerklärung über das Vorhandensein einer elektronischen Signaturkarte

Kriterium: Techniker oder technische Stellen zur Durchführung der Arbeiten

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Qualifikation Stellvertretung des Abfallkoordinators

Nachweis: Naturwissenschaftlich, ingenieurtechnische Ausbildung (Diplom, Master, Bachelor)

oder abgeschlossene technische Berufsausbildung (Facharbeiter, Meister) Mindestens 3

Jahre Berufserfahrung im Bereich der Abfallkoordination Mindestens 2 Referenzen zur

aufgabenbezogenen Eignung und Erfahrung (Abfallmenge min. 2.000 t gef. Abfälle;

Bewirtschaftung Baggergut / mineralische Abfälle in Art und Umfang vergleichbar mit dem

Bauvorhaben) Eigenerklärung über die Erfahrung im Umgang mit dem Vollzugsrecht des

Bundeslandes Berlin und der Sonderabfallgesellschaft Brandenburg/Berlin mbH

Eigenerklärung oder Nachweis über Kenntnisse der elektronischen Nachweisverordnung

Eigenerklärung über das Vorhandensein einer elektronischen Signaturkarte

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Beschreibung: Referenz 1 für Leistungen, die mit der ausgeschriebenen Leistung vergleichbar sind Nachweis: Abfallkoordination von mineralischen Abfällen (Boden, Baggergut, Bauschutt), Umfang min. 10.000 t, Abschluss in den letzten 5 Jahren

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Referenz 2 für Leistungen, die mit der ausgeschriebenen Leistung vergleichbar sind Nachweis: Abfallkoordination von mineralischen Abfällen (Boden, Baggergut, Bauschutt), Umfang min. 10.000 t, Abschluss in den letzten 5 Jahren

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Referenz 3 für Leistungen, die mit der ausgeschriebenen Leistung vergleichbar sind Nachweis: Abfallkoordination von mineralischen Abfällen (Boden, Baggergut, Bauschutt), Umfang min. 5.000 t, Abschluss in den letzten 5 Jahren

Kriterium: Maßnahmen zur Sicherstellung der Qualität

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Zertifizierter Betriebsbeauftragter für Abfall gemäß §59 KrWG Nachweis: Vorlage gültiges Zertifikat gemäß §59 KrWG für mindestens 1 Beschäftigten

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Preis

Beschreibung: Preis

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 100

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.evergabe-online.de/tenderdocuments.html?id=863626>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.evergabe-online.de/tenderdetails.html?id=863626>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Angebote: 02/07/2026 10:00:00 (UTC+02:00) Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 64 Tage

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Erklärungen, Unterlagen und Nachweise können nachgereicht werden, mit Ausnahme von Unterlagen gem. §56 Abs. 3 VgV

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: nein

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Bundeskartellamt - Vergabekammer des Bundes -

Informationen über die Überprüfungsfristen: Ein Antrag auf Nachprüfung ist gemäß § 160 (3)

Nr. 1 bis 4 GWB nurzulässig, soweit: 1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß

gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren vor Einreichen des Nachprüfungsantrags

erkannt und gegenüber dem Auftraggeber innerhalb von 10 Kalendertagengerügt hat, 2.

Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind,

spätestens bis Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung gegenüber

dem Auftraggeber gerügt worden sind, 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den

Vergabeunterlagen erkennbar sind, spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Angebotsabgabe

gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4. nicht mehr als 15 Kalendertage nach

Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen

sind.

8. Organisationen

8.1. ORG-0000

Offizielle Bezeichnung: Wasserstraßen-Neubauamt Berlin

Registrierungsnummer: 204:991-07728-53

Postanschrift: Mehringdamm 129

Stadt: Berlin

Postleitzahl: 10965

Land, Gliederung (NUTS): Berlin (DE300)

Land: Deutschland

E-Mail: wna-berlin@wsv.bund.de

Telefon: +49 30 69580 401

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Bundeskartellamt - Vergabekammer des Bundes -

Registrierungsnummer: t:022894990

Postanschrift: Kaiser-Friedrich-Str. 16

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53113

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland
E-Mail: vk@bundeskartellamt.bund.de
Telefon: +49 228 9499421
Fax: +49 228 9499163
Rollen dieser Organisation:
Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)
Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83
Stadt: Bonn
Postleitzahl: 53119
Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)
Land: Deutschland
E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de
Telefon: +49228996100
Rollen dieser Organisation:
TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 88320602-55e4-4df2-b39f-23412eef1e57 - 04
Formulartyp: Wettbewerb
Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Unterart der Bekanntmachung: 16
Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 01/06/2026 14:11:56 (UTC+02:00)
Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit
Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch
Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 378413-2026
ABl. S – Nummer der Ausgabe: 105/2026
Datum der Veröffentlichung: 03/06/2026